

"Ostseezeitung vom 20.11.2002"

Land steht vor Ärztenotstand

Immer mehr Praxen müssen schließen

Horroszenarien für die Medizin. Fachleute erwarten Massenentlassungen und geschlossene Praxen durch das Beitragsstabilisierungsgesetz.

Schwerin (OZ/MM) „Das Problem erledigt sich von allein – durch Suizid – oder der Patient landet in stationärer Behandlung.“ Krasse Worte für die Lage der medizinischen Versorgung in M-V fand gestern Wolfgang Eckert, Chef der Kassenärztlichen Vereinigung, am Beispiel der Psychotherapie. Die Wartezeiten für psychotherapeutische Behandlung in M-V betragen derzeit ein Jahr. Und es wird noch schlimmer.

Vertreter der Kassenärzte, der Apotheker- und Krankenhausverbände äußerten sich gestern einstimmig heftig über die Pläne der Bundesregierung zur Reform des Gesundheitswesens. Das am letzten Freitag im Bundestag verabschiedete

Beitragsstabilisierungsgesetz wurde unisono als zynisch, bösartig, unausgegoren und abgeschmackt bezeichnet. Wolfgang Gagzow, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft in M-V, nannte das Vorhaben der Regierung „Raubmord an den Krankenhäusern“.

Eckert schätzt, dass bei Fortführung dieser Politik in sechs Jahren 40 Prozent der Hausärzte im Osten fehlen werden. Allein für Rostock können neun Arztpraxen nicht besetzt werden. Landärzte seien überhaupt nicht mehr zu finden. Auf Usedom zum Beispiel sei ein einziger Arzt. „Die Versorgung der Urlauber ist dort nicht mehr gesichert“, sagt Eckert. Außerdem würden ältere Augenärzte, Dermatologen, Kinderärzte, HNO-Ärzte und Chirurgen in Schwerin, Rostock, Greifswald, Anklam, Bützow, Lübz, Warin, Heringsdorf, Grevesmühlen, Pasewalk, Stralsund, Ludwigslust und auf Rügen keine Nachfolger finden. Die Praxen werden geschlossen. Grund: Der Arztberuf lohne hier nicht mehr.

Kaum anders die Klagen der Apotheker. Bundesweit rechnet der Verband mit 20 000 Entlassungen durch das Gesetz. In M-V würde es ein Drittel treffen. 2300 Arbeitsplätze weniger.

Außerdem erwartet Gerhard Behnsen, Vorsitzender des Apothekerverbandes M-V, dass die Versorgung im ländlichen Raum fast vollständig ausdünn. Lange Wege für Patienten seien die Folge. Behnsen befürchtet, „dass die Abrechnung von Arzneimitteln zu Lasten der Kassen ab 2003 wegen ungelöster bürokratischer Probleme im Chaos zusammenbricht.“